

des ewigen Eises, in Alaska.) Von diesen 300 Opfermutigen erhielten für heuer nur 50 den Ruf, darunter auch zwei Mitglieder des Salzburger Ursulinenklosters (die ehrw. Schwestern Pia und Ehrentraut), die für Südafrika bestimmt sind und bereits am 23. Oktober v. J. abgereist sind! („Kath. Kirchenztg.“, 22. Okt. 1931.)

Miva. Dem Jahresbericht der *Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft* vom April 1931 entnehmen wir: Außer den sechs für das Apostolische Vikariat Windhoek gekauften Kraftwagen hat die Miva-Zentrale im Berichtsjahr zur Verfügung gestellt: 1 Fordwagen für Bischof Sauer, Wonsan, Korea; 1 Fordwagen für die Pallottiner im Vikariat Kimberley, Australien; 1 Morrislastwagen für die deutschen Väter vom Heiligen Geist in Nigeria; 1 Morrispersonenwagen für die Schwestern vom Kostbaren Blut, Ostafrika. Seit Anfang 1930 sind im ganzen 19 Kraftwagen durch die Miva bereitgestellt worden. Motorräder gingen an drei verschiedene Missionsstellen. Die indische Jesuitenmission am Ganges erhielt ein deutsches Motorboot mit einem 25-PS-Motor und einer Ladefähigkeit von 80 Zentnern (9000 bis 10.000 M.). Außerdem wurde der gleichen Mission ein kleineres Boot im Wert von 1500 Mark zur Verfügung gestellt.

Sammelstelle: Bisher ausgewiesen: 1962.14 S. — Neu eingelaufen:
A. Der Berichterstatter: 10 S für die Kirche Msgr. Waigs in Tsingtau.
B. Bei der Redaktion: Stephan Plakolb, Benefiziat in Bad Ischl, 3 S für die Chinamission; Ungenannt 400 S für zwei Katechisten.

Gesamtsumme der bisherigen Spenden: 2375.14 S. — Deo gratias!

Kirchliche Zeitläufe.

Von Dr Josef Massarette.

1. Zwei Apostolische Schreiben und eine Ansprache Pius' XI. Vom Kardinalskollegium. — 2. Die Kirchenverfolgung in Spanien. — 3. Aus der Tschechoslowakei: Beeinträchtigung der katholischen Kirche; Vereidigung von vier Bischöfen. — 4. Katholische Völkerverständigungs-Bestrebungen.

1. Unterm 2. Oktober 1931 richtete der Papst an die Bischöfe das apostolische Schreiben „*Nova impendet*“ über die schwierige Wirtschaftslage, die beklagenswerte Arbeitslosigkeit vieler und die wachsenden militärischen Rüstungen. Eine neue Geißel — klagt er eingangs — bedroht, ja bedrückt bereits einen großen Teil der ihm anvertrauten Herde; aufs empfindlichste trifft sie jene, die ihm besonders teuer sind, die Kinder, die schlichten Arbeiter, die Proletarier. Es ist die schwere Wirtschaftskrisis, die auf den Völkern lastet und allen Ländern immer noch ein beängstigendes Wachsen der Arbeitslosigkeit bringt. Das gewaltige Elend bewegt das väterliche Herz des Papstes und läßt ihn das Wort des göttlichen Lehrmeisters wiederholen: „Mich erbarmt des Volkes.“ Besonders mitleidvoll wendet sich das Erbarmen des erhabenen Pontifex der ungeheuren Menge von Kindern zu, den

unschuldigsten Opfern dieser tieftraurigen Umstände. In den Wintermonaten steigen die Leiden und Entbehrungen ins Ungemessene, so daß jene mittellosen Familien mit ihren Kindern zur Verzweiflung getrieben werden können. Alle, die Sinn für Glauben und christliche Liebe haben, ruft daher der Papst zu einem Kreuzzug der Caritas und Hilfe auf. Indem derselbe den Hunger stillt, hilft er auch den Seelen, die wiederum Vertrauen fassen. Diese Hilfe wird die Flammen des Hasses und der Leidenenschaften löschen, um das Feuer der Liebe und Eintracht anzufachen und zu erhalten. „Es handelt sich also um einen Kreuzzug des Mitleids und der Nächstenliebe und zweifelsohne auch des Opfers, zu dem Wir alle aufrufen als Kinder des einen gemeinsamen Vaters, Glieder einer großen Familie, der Familie Gottes, wo alle als Glieder einer Familie ebenso an der Wohlfahrt und Freude wie an der Widerwärtigkeit und am Schmerz teilnehmen, die unsere Brüder heimsuchen. Zu diesem Kreuzzug rufen Wir alle auf als zur Erfüllung einer heiligen Pflicht, die ein wesentlicher Bestandteil jenes ganz besondern Gebotes des evangelischen Gesetzes ist, von Jesus verkündigt als sein höchstes und erstes unter allen Geboten, als Zusammenfassung und Synthese aller übrigen Gebote, nämlich das Gebot der Nächstenliebe, das Unser tiefbetrauerte Vorgänger in ähnlicher Lage wiederholt so sehr einschärfte, gleichsam die Parole seines Pontifikats in jenen Tagen unversöhnlichen Hasses und Kampfes . . .“ Dieses überaus köstliche Gebot der Nächstenliebe will nun Pius XI. wiederum der Welt vorhalten. Nur wenn sehr viele sich durch die Tat dazu bekennen, wird es gelingen, die Schwierigkeiten der Gegenwart zu meistern. Bitter beklagt der Papst das zügellose Wetttrüsten als eine Ursache der Notlage mit den Worten: „Und da der schrankenlose Wettlauf des Rüstens, einerseits Wirkung der Rivalität unter den Völkern, anderseits Ursache gewaltigen Kostenaufwandes zum Schaden des öffentlichen Wohlstandes, zweifelsohne nicht der letzte mitbestimmende Faktor der heutigen außerordentlichen Krisis ist, können Wir Uns nicht enthalten, die Mahnung Unseres Vorgängers zu erneuern, mit dem Bedauern, daß man bisher nicht darauf gehört hat. Zugleich ermahnen Wir Euch alle, Ehrw. Brüder, daß Ihr mit allen Euch zur Verfügung stehenden Mitteln der Predigt und der Presse daran arbeitet, die Geister aufzuklären und die Herzen wieder zu eröffnen gemäß den sichersten Geboten der gesunden Vernunft und weit mehr noch des christlichen Gesetzes.“ Es folgen Anweisungen bezüglich der einzuleitenden Hilfsaktion. Da aber alle menschlichen Kräfte ohne göttliche Hilfe nicht genügen, werden zum Schluß die Gläubigen aufgefordert, den Gebet alles Guten mit innigen Gebeten zu bestürmen.

Bei einem Empfang französischer Prälaten kam die Rede auf das päpstliche Schreiben bezüglich der Wirtschaftskrise.

Pius XI. äußerte, daß er den Bau von sechs Priesterseminaren verfügt habe, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, denn dies sei den Arbeitern gegenüber das erste Gebot der Caritas.

„Von Anbeginn der Kirche Christi bis in die jüngsten Zeiten hat die göttliche Vorsehung immer wieder Männer erweckt, durch Gelehrsamkeit und Heiligkeit zu den ausgezeichnetsten zählend, um die Wahrheit des katholischen Glaubens darzulegen und zu verteidigen und die von Häretikern denselben christlichen Wahrheiten zugefügten Schädigungen in geeigneter Weise wieder gutzumachen. Diesen Persönlichkeiten ist zweifellos der hl. Robert Bellarmin aus der Gesellschaft Jesu, Kardinal der Römischen Kirche, beizuzählen, der schon vom Tage seines hochseligen Todes an als ‚vortrefflicher Mensch, hervorragender Theologe, kraftvoller Verteidiger der katholischen Kirche, Hammer der Häretiker‘ bezeichnet und gleicherweise gelobt wurde als ‚ebenso fromm, klug und demütig wie freigebig gegenüber den Armen‘. Kein Wunder daher, daß nach Abschluß der kanonischen Prozesse und nicht ohne besonderen Fingerzeig der göttlichen Vorsehung eine so große Persönlichkeit zur Ehre der Altäre erhoben wurde.“ Vorstehende Sätze bilden die Einleitung des vom 17. September 1931 datierten, im „Osservatore Romano“ (29. Oktober) veröffentlichten Apostolischen Schreibens, worin Pius XI. den i. J. 1923 beatifizierte und im Jahre seines goldenen Priesterjubiläums kanonisierten Kardinal Bellarmin (gest. 1621) zum Kirchenlehrer erhebt. Dessen vorbildliches Ordensleben und segensreiches Wirken in verantwortungsvollen Ämtern wird da kurz und eindrucksvoll geschildert. Seine einzigartige Gelehrsamkeit zeitigte herrliche Früchte. In einer Reihe nach Form und Gehalt erstklassiger, monumentaler Werke hat er die katholische Wahrheit verteidigt. Ein besonderes Verdienst des hl. Robert Bellarmin ist es, „die von Gott dem Papste verliehenen Rechte und Prärogativen gegenüber den Feinden siegreich bewiesen und mit größter Gelehrsamkeit verteidigt zu haben, nicht ausgeschlossen jene, bezüglich derer in jener Zeit noch nicht alle Söhne der Kirche einig waren, wie das unfehlbare Lehramt des Papstes, wenn er ‚*ex cathedra*‘ spricht. Demgemäß galt er bis in unsere Zeiten als so wirksamer Verteidiger der Autorität des Römischen Papstes, daß er mit seinen Schriften und seinen Lehrsätzen sogar den Vätern des Vatikanischen Konzils diente . . .“ Bellarmins Autorität bei allen überragenden Persönlichkeiten und vornehmlich bei den kirchlichen Schriftstellern war denn auch stets derart, daß er von ihnen mit der einem Kirchenlehrer gebührenden Ehrfurcht behandelt wurde. Viele verlangten sehnlich, Bellarmin als Lehrer der Weltkirche begrüßen zu können. Nachdem zahlreiche Kardinäle, Bischöfe, Ordensobere, Universitätsrektoren und andere Persönlichkeiten aus der ganzen katholischen Welt diesbezügliche Wünsche ge-

äußert, überwies der Papst der Ritenkongregation diese Angelegenheit, mit deren Prüfung alsdann die Kardinäle Lépicier und Ehrle betraut wurden. Auf Grund sicherer Kenntnis und reiflicher Überlegung erklärt schließlich Pius XI. mit der Fülle der Apostolischen Gewalt den hl. Robert Bellarmin, Bischof und Bekenner, als Lehrer der Gesamtkirche und verordnet zugleich, daß Messe und Offizium dupl. min., wie sie für das Fest des gen. Heiligen v. 13. Mai angeordnet sind, auf die ganze Kirche ausgedehnt werden.

Am 1. Adventssonntag (29. November) fand vor dem Hl. Vater die feierliche Verlesung des Dekrets über den heroischen Tugendgrad der Dienerin Gottes Gemma Galgani (1878—1903) statt. Sie kann als Vorbild der Ergebung in Gottes Willen und des unerschütterlichen Ausharrens inmitten großer körperlicher und seelischer Leiden gelten. In seiner Ansprache voll aktueller Gedanken betonte Pius XI., daß diese demütige Jungfrau unserer Zeit der Mißverhältnisse das lebendige Beispiel dafür gibt, wie das christliche Dulden beschaffen sein muß, nämlich getragen vom Geiste des Glaubens, von Bußgesinnung und vom Geiste der Nächstenliebe. Es scheint, daß die Jahre des Überflusses vorüber sind. Heute gilt: Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen. Offenbar ist bei dieser Prüfung Gottes Hand im Spiel; ihr gehorchen die Dinge der Welt. Welche Männer, fragt der Papst, vermögen einer so schwierigen, dornenvollen, bedrohlichen Lage abzuhelpen, wie sie heute das wirtschaftliche, finanzielle, soziale Gebiet bedrückt und alle Nationen, die ganze Welt, die gesamte Menschheit erfaßt? Und er fährt fort: „Es ist nicht möglich, daß alles das von den Menschen, vom Willen, von den Anordnungen der Menschen abhängt. Die Menschen haben diese Not vorbereitet, im Glauben, daß sie selbst die Dinge leiten; hingegen sind sie offenbar von den Ereignissen mitgerissen, in Zwang genommen, zur Ohnmacht verurteilt worden. Und nun bewegen die Leute sich hin und her, sie kommen und gehen, sie versammeln sich, diskutieren, verhandeln, überqueren die Meere, überschreiten die Berge. In alledem aber drängt sich eine schmerzliche und furchtbare Feststellung auf; schmerzlich wegen der Unordnung, die sie aufdeckt; furchtbar wegen der Drohung oder wenigstens der Gefahr, die aus solcher Unordnung hervorzugehen scheint. Wer hat bei einer solchen Geschäftigkeit der Menschen, so vielem Sprechen und Konferieren, so vielen Reden und Debatten je gehört, daß jemand von Gott redete, auf die Vorsehung hinwies; wer hat je ein Wort des Dankes, der Huldigung, der Unterwürfigkeit gegenüber jener Hand vernommen, der doch wirklich die Ereignisse gehorchen? . . . Eine schmerzliche Feststellung; nein, das ist nicht die Art und Weise, wie Menschen, auf die in so weitem Umfange das Licht des Evangeliums, das Licht des Christen-

tums niederstrahlt, handeln sollten. Durch solch bedauerliches Verhalten geht man der schrecklichen Gefahr entgegen, daß Gott sagen kann: Macht es ohne mich. Man fühlt wohl, daß sicher keine furchtbarere Strafe die Geschöpfe treffen könnte. Was vermag denn das Geschöpf, was vermag die ganze Welt ohne den Schöpfer?“ Weiter führte der erhabene Redner aus, daß die heutige Welt vielfach weit entfernt ist von dem demütigen Glaubensgeist, der Gottes Oberherrschaft anerkennt, die menschliche Sühnepflicht zugibt und Leiden auf sich nimmt als Werkzeug der Läuterung, Sühnung und Veredlung. Zu diesen Mahnungen, die uns Gemma Galgani gibt, kommt noch jene hinzu, den Geist echter Nächstenliebe zu pflegen. Geduldiges Ertragen der eigenen Leiden befähigte sie, fremdes Leid mitzutragen. Der Papst weiß aus eigener Erfahrung der letzten Zeit, daß auch viele Unbemittelte den Notleidenden zuhülfe kommen. Eindringlich empfahl er, nach dem Beispiel der ehrw. G. Galgani im Geist der Abtötung mit Jesus und für Jesus zu leiden, auch zur Verteidigung seiner Kirche, wie in Rußland, Mexiko und Spanien.

Gemäß dem von Benedikt XV. eingeführten Brauch wurde am 5. November in der Sixtinischen Kapelle ein feierliches Requiem für die seit November 1930 verstorbenen Mitglieder des Hl. Kollegiums gehalten. Es sind die Kardinäle Mistrangelo, Erzbischof von Florenz (7. November 1930); Charost, Erzbischof von Rennes (7. November 1930); Maffi, Erzbischof von Pisa (17. März 1931); Pompili, Bischof von Velletri und römischer Kardinalvikar (5. Mai); Rouleau, Erzbischof von Quebec (5. Mai) und Ragonesi (14. September).

Papst Sixtus V. (1585—90) setzte die Zahl der Kardinäle auf 70 fest, doch wurde dieselbe bisweilen überstiegen. Jetzt, Ende Dezember, hat das Hl. Kollegium nur mehr 55 Mitglieder. Seit dem letzten Konsistorium (Juli 1930) hat der Tod manche Lücke gerissen. Von den Purpurträgern, die Leo XIII. kreiert hat, lebt nur noch Leo von Skrbensky, der 1901 im Alter von 38 Jahren Kardinal wurde als Erzbischof von Prag, welchen Sitz er 1916 mit Olmütz vertauschte; infolge eines Autounfalls an den Beinen gelähmt, ist er seit Jahren zur Untätigkeit verurteilt. Es sind noch 9 von Pius X., 14 von Benedikt XV. und 31 von Pius XI. ernannte Kardinäle am Leben. Der Senat der Kirche hat gegenwärtig 29 nichtitalienische und 26 italienische Mitglieder. Unter den 24 Kurienkardinälen gibt es 4 Nichtitaliener; es sind der Österreicher Frühwirth, der Holländer Van Rossum, der Deutsche Ehrle und der Franzose Lépicier. Von den 6 suburbikarischen Bischofsitzen sind 2 vakant: Ostia und Palestrina durch den Tod des Kardinaldekans Vanutelli und Velletri seit dem Heimgang des Kardinals Pompili.

2. *Die Kirchenverfolgung in Spanien.* Nach Ausrufung der Republik im April 1930 beeilten sich die neuen Machthaber Spaniens zu erklären, daß die Gewissens- und Kultusfreiheit gesichert sei. Bald jedoch wurden die Hauptstadt und eine Reihe von Städten Schauplatz unerhörter Gewalttaten gegen die katholische Kirche. Trotz größter Verdienste um Unterricht und Volkswohl erfuhren zahlreiche Ordensleute als Opfer eines wilden Religionshasses unglaubliche Mißhandlung und sahen ihre Klöster und Kirchen, zum Teil Kunststätten, plötzlich vernichtet. Es fehlte auch nicht an kirchenfeindlichen Maßnahmen der von dem praktizierenden Katholiken Alcalá Zamora geleiteten Regierung.

Die am 28. Juni gewählten Cortes bestehen größtenteils aus Advokaten; daneben Journalisten, einige Ärzte und ein paar Gewerkschaftler; die Volksvertretung des vorwiegend ackerbau-treibenden Landes weist kaum einen ländlichen Grundbesitzer oder Pächter auf. Otto Rothfeld, der ständige spanische Korrespondent von „The Times of India“ bezeichnet in diesem großen Blatt des Fernen Ostens das spanische Parlament als eine „radikale Café-Restaurant-Gesellschaft“. Diesen Leuten fiel die folgenreiche Entscheidung über die religiösen Fragen zu; sie betreffen das Rechtsverhältnis von Staat und Kirche (Konkordat oder einseitig staatliche Gesetzgebung), die finanzielle Regelung, die Ordensgenossenschaften und den Unterricht. Nach dem Verfassungsentwurf einer Parlaments-Kommission sollte der Staat ganz laizisiert, den Ordensleuten das Dasein erschwert, den Jesuiten aber unmöglich gemacht werden.

Trotzdem hofften viele, daß das Schlimmste verhütet und eine für die Kirche erträgliche Lösung gefunden würde. Der Nuntius Msgr. Tedeschini hatte häufige Besprechungen mit Zamora. Es hieß, die ganze Frage würde überhaupt nicht innerhalb der Verfassung erledigt, sondern bliebe der künftigen Gesetzgebung vorbehalten. Trennung von Staat und Kirche würde durchgeführt werden unter Anerkennung der Kirche als einer unabhängigen Rechtspersönlichkeit, einer vollkommenen Gesellschaft mit freier Verfügungsgewalt über die zur Erreichung ihrer Ziele nötigen Mittel. Komme kein Konkordat zustande, so doch eine Vereinbarung mit dem Hl. Stuhl oder wenigstens ein *modus vivendi*. Dies zu erleichtern, reichte der wegen vorgeblicher republikfeindlicher Gesinnung des Landes verwiesene Primas von Spanien, Kardinal Segura, Erzbischof von Toledo, seine Demission ein. Der Papst nahm sie durch Schreiben vom 1. Oktober an als „einen neuen und lichtvollen Beweis glühenden Seeleneifers“. „Denn“, so heißt es wörtlich, „in der Hoffnung, zum größeren Wohl der Seelen beizutragen oder auch nur einen Vorwand größeren Übels zu beseitigen, haben Sie, das Beispiel des hl. Gregors von Nazianz nachahmend, nicht gezögert, sich

selbst zu opfern.“ Es half leider nichts. Auf der antiklerikalen Seite wurde der Rücktritt des Kardinal-Primas als römische Verurteilung desselben gedeutet.

Anfang Oktober, bei den Verfassungsdebatten, sollte die Kirche entrechtet werden. In einer gemeinsamen Kundgebung an die Cortes erhob der gesamte Episkopat Einspruch gegen den religionsfeindlichen Entwurf und machte Vorschläge, die von aufrichtiger Friedensliebe zeugten. Eine mit nahezu 1½ Millionen Unterschriften versehene Eingabe katholischer Frauen Spaniens verlangte, daß ohne vorherige Verständigung mit dem Vatikan an den Beziehungen zwischen Kirche und Staat nichts Wesentliches verändert, daß die Ehe als unauflöslich betrachtet werde, der Religionsunterricht in den Schulen Pflichtfach bleibe und sämtliche zum Verlassen ihrer Diözesen genötigten Geistlichen zurückkehren dürften. Während die Cortes debattierten und der Kriegsminister A z a n a, ein starrköpfiger, doktrinärer Kirchenfeind, vor allem an den Jesuiten sein Mütchen kühlte, riefen ihre fünf Provinziale, die übrigens von Anfang an sich gegen das republikanische Regime ganz korrekt benommen hatten, in einem offenen Schreiben ans Parlament nach gerechter Beurteilung statt Verleumdung und Verfolgung. Ihre Darlegung ist unwiderleglich. Es wurde auch kein Versuch gemacht, sie zu widerlegen. Eine klägliche Verwirrung der Begriffe machte sich breit, bis am 10. Oktober der Ministerpräsident Z a m o r a sich zu einer großen mutigen Rede gegen die Unterdrückung der katholischen Kirche erhob. „Ich unternehme es“, rief er aus, „den Frieden aller Spanier zu verteidigen, die Pflicht gegenüber allen Republikanern zu erfüllen und das Recht gegenüber allen Katholiken hochzuhalten . . . Eine Gesellschaft kann nur dann leben, wenn in ihr das Recht alles ist, während eine Gesellschaft mit unterdrücktem Recht das Leben grausam, ja unmöglich macht . . . Deswegen trenne ich mich von der Mehrheit der Kammer, bei der die Gerechtigkeit mit der religiösen Frage nicht übereinstimmt. Die Vorlage der Kommissionsmehrheit ist keine Formel für eine Demokratie. Diese Vorlage ist ein Werk der Verblendung, da man dabei die ersten Grundsätze des öffentlichen Rechts und die Grundlage der Verfassung außer acht läßt, wodurch die Gleichheit aller Spanier proklamiert wurde . . . Wie verhält es sich mit den Katholiken in Spanien? Sind sie die Minderheit oder die Mehrheit? Und wären sie die Minderheit, hat man dann das Recht, im Namen der Demokratie Gesetze zu erlassen, die ihren Gefühlen entgegengesetzt sind? Hat dann der Staat nicht die besondere Pflicht, die Minderheit zu schützen? . . . Die Republik hat keinen Grund, die Katholiken zu verfolgen. Unter der gewaltigen Menge, die am 12. April für die neue Staatsform stimmten, befanden sich große Scharen katholischer Wähler . . .“ Zamora wies dann einzeln die Ungerechtigkeit verschie-

dener Punkte nach. Vor allem müsse man mit dem Papst unterhandeln, dessen Gewalt er als aufrichtiger Katholik respektiere. Durch einseitige Gesetzgebung könne man nie über die Kirche triumphieren; die Erfahrung lehre, daß Dinge, die durch Verhandlung mit Rom unschwer erreicht werden, durch unilaterale Maßnahmen nicht durchzusetzen sind; eine solche Gesetzgebung bedeute einen Kampf ohne Ende, ohne Zweck, ohne Erfolg, eine Vergeudung von Kraft, die man für andere Dinge dringend brauche. Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß er im Fall der Annahme des unveränderten Entwurfs eine Revision der Verfassung anstreben werde. Das ganze Haus hörte die packende Rede mit Interesse an. Leider dominierte aber das Diktat Azanas, daß ein Abkommen mit dem Hl. Stuhl einer völligen Trennung von Kirche und Staat widerspreche.

Am 13. Oktober wurde der umstrittene Artikel 24 angenommen. Von 462 Abgeordneten stimmten 178 dafür, 59 dagegen; die übrigen 225 enthielten sich der Abstimmung, unter ihnen die Radikalsozialisten, denen das Projekt nicht scharf genug war. Zamora und der Innenminister Maura demissionierten und Azana übernahm die Bildung des neuen Kabinetts.

Laut der endgültigen Fassung des Art. 24 werden alle religiösen Konfessionen als Vereinigungen betrachtet, die einem besonderen Gesetz unterliegen. Der Staat, die Bezirke, Provinzen und Gemeinden können der Kirche und den religiösen Vereinigungen oder Institutionen weder Subventionen gewähren, noch sie in anderer Weise begünstigen. Ein besonderes Gesetz soll bestimmen, daß das Budget des Klerus höchstens noch zwei Jahre weiterbestehen wird. Alle religiösen Orden, die von ihren Anhängern außer den drei kanonischen Gelübden ein besonderes Gehorsamsgelöbniß gegenüber einer auswärtigen Macht verlangen, werden aufgelöst; ihre Güter werden verstaatlicht und zur öffentlichen Wohlfahrt sowie zum Unterricht verwendet. (Dies ist gegen die Jesuiten gerichtet, die außer den drei gewöhnlichen Gelübden das des unbedingten Gehorsams gegen den Papst in Sachen der Mission ablegen.) Die übrigen Orden werden einem Sondergesetz unterworfen, das für alle eine dauernde Behinderung ihrer Tätigkeit und ständige Bedrohung ihrer Existenz bedeutet. Alle Orden, die bestehen bleiben, müssen in ein dem Justizministerium unterstelltes Spezialregister eingetragen werden. Kein Orden kann direkt oder durch Mittelspersonen mehr Güter erwerben oder besitzen als zu seinem Unterhalt oder zur unmittelbaren Erreichung seiner ursprünglichen Ziele notwendig sind. Den Orden ist es untersagt, Industrie oder Handel auszuüben und Unterricht zu erteilen. Sie sind verpflichtet, dem Staat jährlich Rechnung über die Verwendung ihrer Güter abzulegen; letztere können verstaatlicht werden. Die Orden, deren Tätigkeit eine Gefahr für die Sicherheit des Staates bedeutet, werden aufgelöst. — Mit der Or-

densfrage ist in Spanien das Unterrichtsproblem eng verknüpft. Die rege Lehrtätigkeit der Ordensgenossenschaften ist den Antiklerikalen ein Dorn im Auge. Etwa die Hälfte der Kinder, die überhaupt Unterricht genießen, besuchen Klosterschulen. Solange dieser Zustand währt, ist eine durchgreifende Wandlung der Seele des spanischen Volkes, die vom Freimaurertum erstrebte radikale Laizisierung und Entchristlichung der kommenden Generationen nicht möglich. Daher das Lehrverbot für alle Orden, das Staatsmonopol für jeden Unterricht. Wenn aber die katholischen Schulen geschlossen werden, so fallen nahezu 300.000 Schüler zu Lasten des Staates, dem die Mittel fehlen, neue Schulen und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Gleich nachdem die Verfassung den Religiosen jeglichen Unterricht untersagt hatte, verbot ein strenges Regierungsdekret, unter Androhung sofortiger Beschlagnahme ihrer Gebäulichkeiten, ihnen die Schließung ihrer Volksschulen und höheren Lehranstalten. Die blinde Wut der „Pfaffen des Unglaubens“ schneidet sich auch ins eigene Fleisch, wenn die Jesuiten wirklich aus Spanien vertrieben werden. Mancherorts wurden bereits Klagen laut über den dann zu erwartenden wirtschaftlichen Schaden. Aus Geschäftsrücksichten sah man Leute, die der Kirche kalt gegenüberstehen, zugunsten der Jesuiten eintreten.

Nach der bedauerlichen Abstimmung beauftragte P i u s X I. den Nuntius Msgr. Tedeschini, baldigst den Kardinälen, Erzbischöfen, Bischöfen, Welt- und Ordensgeistlichen sowie dem kirchentreuen Volk mitzuteilen, daß er sich wie in der Vergangenheit, so besonders in diesen Tagen ihnen nahe fühle; mit all der seiner apostolischen Mission eigenen Energie erhebe er lauten Einspruch gegen die vielfache Verletzung der geheiligten Rechte der Kirche, welche die Rechte Gottes und der Seelen sind; er werde am Christkönigs-Sonntag in der vatikanischen Basilika das hl. Opfer darbringen und fordere alle auf, sich untereinander und mit ihm zu vereinigen, damit die große Heimsuchung der Kirche und des treuen Volkes der teuren spanischen Nation bald aufhören möge. Die väterliche Botschaft schließt mit den Worten: „Der Hl. Vater hofft vertrauensvoll, daß mit Gottes Hilfe und unter Mitwirkung aller guten Kräfte, sowie auf gerechten und gesetzlichen Wegen nicht nur der erlittene Schaden wiedergutmacht, sondern auch jener, der von allen der schwerste wäre, vermieden werden wird, nämlich, die Verdunklung und Verminderung des Glanzes des ererbten Glaubens, in dem die einzige Rettung vor den Gefahren liegt, die auch in Spanien die bürgerliche Gesellschaft selbst bedrohen.“ — Für diesen neuen Beweis väterlichen Wohlwollens dankte der spanische E p i s k o p a t auch im Namen des Volkes durch ein längeres Schreiben an den Papst. Die traurige Lage wird kurz geschildert: Vollständige Trennung von Kirche und Staat, Bedrückung der Ordensgenos-

senschaften, Auflösung der Gesellschaft Jesu und Einziehung ihrer Güter, Unterrichtsmonopol des Staates, eine verwerfliche Ehegesetzgebung, Aufdrängung des öffentlichen Atheismus mit seinen unberechenbaren Schäden. „Der schweren Aufgaben dieses Augenblicks bewußt“, heißt es da, „werden die Bischöfe und Katholiken Spaniens, gestärkt durch die Hilfe des Herrn, ermuntert durch den väterlichen Ruf Eurer Heiligkeit, arbeiten im Sinne und nach dem Herzen des Nachfolgers Petri. Wir wollen dessen Lehren und Weisungen annehmen, mit dem besten Vorsatz, sie auszuführen. Das wird für uns die beste Gewähr sein, daß die Gläubigen Fragen zweiter Ordnung, die einander trennen, beiseite lassen und sich hauptsächlich der Verteidigung kirchlicher Interessen widmen . . . Wir sind uns bewußt, daß wir in Erfüllung dieser heiligen Pflicht zu gleicher Zeit auch dem Vaterlande dienen müssen, dessen Bürger sich belehren lassen werden, daß sie den Ermahnungen und dem Beispiel des Episkopats folgen, der die gegenwärtige Regierung anerkannt hat, ohne sich je an eine bestimmte und ausschließliche Regierungsform zu binden . . .“

Es fehlte nicht an Stimmen, die gegenüber dem Radikalismus der verfassunggebenden Nationalversammlung meinten, die spanische Republik habe die Ehre verscherzt, einen Nuntius innerhalb ihrer Grenzen zu sehen. Viele glaubten, Msgr. Tedeschini würde sofort abberufen. Der hl. Stuhl scheint auf die Präsidentenwahl gewartet zu haben. Die neue Verfassung gewährt dem Präsidenten der Republik weitgehende Befugnisse. Während seiner sechsjährigen Amtszeit darf er zweimal die Cortes auflösen und innerhalb 60 Tagen Neuwahlen anordnen. Am 10. Dezember wurde Alcalá Zamora zum Präsidenten der Republik gewählt. Er wohnte vor seinem Amtsantritt einer hl. Messe bei und kommunizierte. Seine charaktervolle Haltung als Ministerpräsident läßt die Katholiken Spaniens hoffen, er werde bei passender Gelegenheit nach dem Rechten sehen. Nur von einem neuen Parlament ist die Revision der Verfassung zu erhoffen. Vielleicht wird Zamora neue Wahlen herbeiführen, die eine dem Katholizismus günstigere Zusammensetzung der Cortes bringen werden, denn hoffentlich wird es gelingen, die Katholiken verschiedener Richtungen zusammenzuschließen und auch das kürzlich eingeführte Frauenstimmrecht dürfte zu einem besseren Wahlergebnis beitragen.

Einstweilen sind die Verhältnisse in Spanien beklagenswert. Der Haß gegen die katholische Kirche äußerte sich nicht nur in der Verfassung und gewissen Regierungsakten, sondern auch in zahlreichen Plackereien seitens der Agenten der öffentlichen Macht, Präfekten, Bürgermeister, Sicherheitsbeamten u. s. w., die wissen, daß niemand sie daran hindert, auf eigene Faust Antiklerikalismus zu betätigen. — Vom 1. Jänner an wird aus der Staatskasse kein Centimo mehr für den Kultus gezahlt, wenn

auch noch für kurze Zeit die Gehälter des Klerus weiterbestehen. Durch gemeinsames Schreiben vom 21. November haben die Kardinäle und Erzbischöfe das System der freiwilligen Beiträge zu den Kultuskosten organisiert. Sie verhehlen nicht, daß aus der Verfolgung eine Neubelebung des Glaubens erwachsen kann.

3. *Aus der Tschechoslowakei: Beeinträchtigung der katholischen Kirche; Vereidigung von vier Bischöfen.* Die Resignation des Prager Erzbischofs Dr Kordač war der Anlaß zu sehr unerfreulichen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. Der bedauerliche Konflikt ist jetzt, Gott sei Dank, beigelegt, nicht zuletzt dank der Einsicht, daß die Katholiken der Tschechoslowakei, wenn zersplittert und uneins, nur zu verlieren haben. Im November strich der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses zweieinhalb Millionen Kronen des Kultusbudgets und nahm die Abschaffung des Religionsunterrichtes in den Mittelschulen in Aussicht, da, wie es heißt, der Staat sparen müsse. Die staatliche Unterstützung der konfessionellen Schulen hat man von 200.000 auf 70.000 Kronen herabgesetzt, unbekümmert darum, daß dem Staat durch die etwa 250 konfessionellen Volks- und Mittelschulen viel Geld erspart wird und es demgemäß in seinem eigenen Interesse liegt, durch eine angemessene Subvention zur Lebensfähigkeit der betr. Lehranstalten beizutragen. „Ganz bedenklich ist“, wie das Wochenblatt „Ecclesiastica“ (Nr. 47 vom 21. Nov.) schreibt, „die wachsende Verdrängung des Religionsunterrichtes aus den Gymnasien, wo die heranwachsenden jungen Leute um so mehr der Führung bedürfen. Da nun wird der Religionsunterricht als nicht obligatorisch erklärt. Der Turnlehrer steht weit vor dem Religionslehrer. Und in der Prüfungskommission besitzt der geistliche Religionslehrer nicht mehr wie früher Sitz und Stimme, was so recht die Geringschätzung zum Ausdruck bringt, die von gewissen Kreisen dem Religionsunterricht entgegengebracht wird. Man sieht hieraus deutlich genug, daß man die Katholiken gerade in dem schlagen will, wo es am empfindlichsten trifft, im Nachwuchs des Priesterstandes wie der heranwachsenden intellektuellen Laienwelt und man setzt hiezu schon an der Wurzel an durch Existenzerschwerung der konfessionellen Schulen.“

Glücklicherweise besteht auch nach Abschluß des Modus vivendi zwischen der Tschechoslowakei und dem Hl. Stuhl die Gewähr, daß die Diözesen der jungen Republik vortreffliche Bischöfe erhalten. Der Vatikan bestimmt die Kandidaten und teilt der Regierung die Namen mit. Es steht ihr dann zu, Einwendungen politischen Charakters zu erheben, wenn etwa einem Kandidaten irredentistische, separatistische oder verfassungsfeindliche Tätigkeit vorgeworfen werden kann. Der Hl. Stuhl hat sich grundsätzlich das Auswahl- und Ernennungsrecht der Bischöfe in der Tschechoslowakei gesichert. Zum ersten Male hatte die Regierung kürzlich Gelegenheit, sich zu den Vorschlägen des Vati-

kans zu äußern, da die verwaisten Diözesen Prag, Leitmeritz, Brünn und Königgrätz neue Oberhirten erhalten sollten. Für jeden der genannten Bischofssitze wurde ihr nur ein Kandidat namhaft gemacht. Die weltlichen Machthaber stimmten in den vier Fällen zu. Es wurden daher ernannt: der bisherige Bischof von Königgrätz, Dr Karl Kaspar, zum Erzbischof von Prag; Domkapitular Msgr. Dr Anton Weber, Religionsprofessor an der Aussiger Staatsrealschule, zum Bischof von Leitmeritz; Msgr. Dr Jos. Kupka, Diözesanadministrator von Brünn, zum Bischof dieser Diözese und der Prager Kapitularvikar Msgr. Dr Mauritius Picha zum Bischof von Königgrätz. Dr Kaspar, dessen Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gegenüber den Nationalitäten mit Recht gerühmt wird und der auch mit gediegenen wissenschaftlichen Arbeiten, vor allem über Hus und den Hussitismus, hervorgetreten ist, hat als Bischof von Königgrätz die Kath. Aktion im Hinblick auf dringende soziale Aufgaben geradezu vorbildlich organisiert. Mit ihm erhielt der Prager Erzbischofstuhl einen Kirchenfürsten, der sich in allen modernen Fragen und Problemen auskennt. Die Ernennung von Msgr. Weber zum Nachfolger des hervorragenden Bischofs Groß bedeutet Ablehnung der Ansprüche der tschechischen Nationalisten, die für die überwiegend deutschsprachige Diözese Leitmeritz einen tschechischen Oberhirten verlangt hatten.

Am 13. November erschienen die vier neuen Würdenträger beim Ministerpräsidenten F. Udrzal in Prag zur Leistung des Treueides gegenüber der tschechoslowakischen Republik. Anwesend war auch der Unterrichtsminister Dr Dérer. Nachdem Udrzal die Bedeutung dieses feierlichen Aktes hervorgehoben, wobei er betonte, der Eid verpflichte immer und überall zur absoluten Treue und Arbeit für den Staat, gab Erzbischof Kaspar laut Bericht der „Deutschen Presse“ folgende Erklärung ab: „Herr Ministerpräsident! In diesem historischen Augenblick, da die ersten Bischöfe der tschechoslowakischen Republik, die vom Hl. Stuhle auf Grund des Modus vivendi im Einvernehmen mit der Regierung der tschechoslowakischen Republik ernannt wurden, erschienen sind, um den Treueid zu leisten, versichere ich Sie, Herr Ministerpräsident, im eigenen Namen und im Namen der hier anwesenden Herren Bischöfe, daß wir aus allen Kräften dafür besorgt sein werden, daß die uns anvertrauten Gläubigen, die auf der festen Grundlage der Religion nicht nur ihr ewiges, sondern auch ihr zeitliches Wohl aufbauen, immer loyale Bürger dieser unserer Republik sind. Wir ersuchen höflich, daß uns die hohe Regierung in diesen unseren Bestrebungen immer tatkräftig unterstütze. Das Versprechen, zu dessen Erfüllung wir uns nun auch durch den heiligen Eid verpflichten werden, ist allerdings für jeden katholischen Bürger, und um so mehr für Bischöfe, selbstverständlich. Es bietet uns aber eine willkommene Gelegen-

heit, diese Treue auch öffentlich zu dokumentieren, nicht nur vor der hohen Regierung, sondern auch vor Gott selbst. In diesem erhabenen historischen Augenblick gedenken wir dankbar der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der hohen Regierung unserer Republik und dem Hl. Stuhl. Wir gedenken zugleich Sr. Heiligkeit Pius XI. und seines würdigen Vertreters, Sr. Exzellenz des Herrn Nuntius, sowie des Repräsentanten unserer Republik, des Herrn Präsidenten der Republik Prof. Dr. T. G. Masaryk und der hohen Regierung und wünschen unserer Republik wärmstens: *Vivat, crescat, floreat!* — „Wir alle“ — führte der Ministerpräsident in seiner Antwort aus — „müssen arbeiten und uns um die Konsolidierung unseres Staates kümmern. Wir müssen dahin wirken, daß dieser schöne Wahlspruch *Vivat, crescat, floreat!* für alle Angehörigen unseres Staates zur Wirklichkeit werde. Unser Bestreben wird es auch immer sein, das wahre, wirklich freundschaftliche Verhältnis zum Hl. Stuhle zu suchen. Dabei wird es allerdings in erster Linie Aufgabe der Herren Bischöfe sein, daß sie in diesem Bestreben die glücklichen Vermittler bilden. Hier erwartet sie eine ebenso schöne wie dankbare Aufgabe.“ — Hierauf leisteten die neuen Bischöfe den lateinischen Treueid gemäß Artikel V des *Modus vivendi*: „Ich gelobe und verspreche, wie es einem Bischof geziemt, Treue der tschechoslowakischen Republik und nichts zu unternehmen, was gegen die Wohlfahrt, die Sicherheit und Unversehrtheit der Republik wäre.“

4. *Katholische Völkerverständigungs-Bestrebungen.* Kardinal Faulhaber, überzeugt, daß die Hauptquellen echter Völkerversöhnung in der weltumfassenden christlichen Liebe innerhalb der übernationalen katholischen Kirche liegen, schrieb vor Jahren: „Die Sendboten der religiösen Wahrheit haben den ernststen Beruf, zugleich den Werken des Friedens zu dienen und der Brückenbau der internationalen Verständigung vorzubereiten. Paulus und Barnabas, eine Zeitlang Wanderer auf getrennten Wegen, haben sich später zu apostolischer Gemeinschaft wiedergefunden. So wird auch das Heimatland des hl. Vinzenz und jenes der hl. Elisabeth die Sprache zum neuen Lied der Versöhnung wieder finden. Auch die Völker sind letzten Endes da, um mitzulieben, nicht mitzuhassen.“ An anderer Stelle, wo der internationale Eucharistische Kongreß von Chicago als neuer Eckstein der Völkerversöhnung bezeichnet wird, sagt derselbe Kirchenfürst: „Wo der Thron Christi, des Weltenkönigs, aufgerichtet wird, muß auch der Gedanke des Weltfriedens Einzug halten.“ Im Juli 1931 wohnte der deutsche Reichskanzler Brüning der allmonatlich in einer Pariser Kirche zelebrierten Friedensmesse bei. Damals erfuhren viele zum erstenmal von einer solchen Messe. Die Fuldaer Bischofskonferenz beschloß am 3. August, daß in allen Diözesen regelmäßige hl. Messen für den

Völkerfrieden eingeführt werden sollen. In einem hierauf bezüglichen Erlaß sagt der Breslauer Fürsterzbischof Kardinal Bertam: „Es wird aus dem Herzen aller Katholiken gesprochen sein, und es wird Friedensgedanken und Friedensverlangen in weitesten Kreisen vertiefen, wenn von der Kanzel in regelmäßiger Folge verkündet wird: feierliche hl. Messe zum Herzen Jesu für den Völkerfrieden. Da auch in anderen Ländern ähnliche Übung eingeführt ist, ist zu hoffen, daß diese Übung dazu beitrage, das geistige Band unter allen Katholiken des Erdkreises zu verstärken.“

Nach französischem Vorbild ist nun auch in Deutschland eine Eucharistische Friedensliga geschaffen worden. Ihre Aufgabe besteht im Gebetsapostolat zur Erlangung des Friedens und in der Veranstaltung religiöser Kundgebungen. Msgr. Schreiber, Bischof von Berlin, Protektor der neuen Vereinigung, sagte bei der am Fest der hl. Theresia vom Kinde Jesu gehaltenen Friedensmesse u. a.: „Wir wollen uns hineinstellen in alle Bestrebungen zur Herbeiführung des Friedens zwischen den einzelnen Völkern, besonders zwischen den zwei Völkern, die durch den Krieg am meisten entzweit worden sind, zwischen Frankreich und Deutschland. Wir verkennen nicht, daß die rein menschlichen und irdischen Mittel eine sehr ausschlaggebende Rolle spielen müssen in den Friedensbestrebungen. Denn bei der Herbeiführung des Friedens handelt es sich nicht allein um die Versöhnung der Geister, es handelt sich auch darum, wirtschaftliche, soziale, politische, finanzielle Verhältnisse zu schaffen, ohne deren Regelung der Friede auf die Dauer nicht möglich ist. Aber, und das ist das Entscheidende: Es ist uns gerade durch die Fruchtlosigkeit der seitherigen Friedensbestrebungen, soweit sie auf rein menschliche und irdische Dinge aufbauten, klar geworden, daß auch Gott und die Gnade Gottes in die Friedensbestrebungen hineingestellt werden müssen, daß wir auch der Kräfte bedürfen, die von oben kommen, um zum Ziele zu gelangen.“

Dank dem von P. Stratmann O. S. D. betreuten „Friedensbund Deutscher Katholiken“ ist das Verhältnis der deutschen zu den polnischen Glaubensgenossen besser geworden. Der am 9. November in Berlin unter dem Patronat des Bischofs Dr. Schreiber eröffnete 8. Kongreß der gen. Organisation wollte sich vornehmlich mit dem deutsch-französischen Problem befassen. Daß angesehene Friedensfreunde aus Frankreich, Polen, Belgien, Holland und Amerika daran teilnahmen, gab der Tagung eine gewisse internationale Note. Eine besondere Weihe erhielt sie durch religiöse Veranstaltungen (Pontifikalamt und Requiem in der Friedensgedächtniskirche, Messe des Franzosen Remillieux in St. Maria-Viktoria). Behörden aller Art, bis zum preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler, hatten Vertreter zu den Versammlungen entsandt. Von den durchwegs beachtens-

werten Reden sei nur jene des Diözesanbischofs über „Krieg und Frieden“ erwähnt. Er sprach vom Versailler Vertrag und wandte sich gegen die Behauptung, daß die Deutschen die alleinigen Urheber des Weltkrieges seien. Der Bischof betonte übrigens, nötiger als die Erörterung von Streitfragen sei es, daß alle ihren Sinn dem Geiste einer fortschreitenden Verständigung für die Ausöhnung öffnen, ist doch der Friede für die Rettung Europas unerläßlich. — Die Ausführungen des Berliner Oberhirten erregten Anstoß in Frankreich, zumal sie dort in nicht einwandfreien Versionen bekannt wurden. Auch aufrichtig friedliebende Blätter nahmen davon Anlaß, an Dinge zu erinnern, wie die Verletzung der Neutralität Belgiens, die unleugbare Tatsache, daß Frankreich in den kritischen Tagen seine Truppen zehn Kilometer hinter die Grenze zurückzog. — Anknüpfend an die mittelalterlichen Theologen legte Msgr. Schreiber die moraltheologischen Vorbedingungen für einen gerechten Krieg dar. Nationalistische Blätter, die sich zu gewaltsamen Lösungen bekennen, setzten ihren Lesern den betr. Passus vor, machten sich aber einer Irreführung schuldig, indem sie folgende Sätze des Bischofs unterschlugen: „Ob die Erfüllung dieser Forderungen (für die Gerechtigkeit eines Krieges) bei der heutigen Kriegstechnik noch denkbar ist, möchte ich ganz entschieden in Zweifel ziehen, . . . vielmehr ist auch der gerechteste Krieg immer von so vielem materiellen und moralischen Elend begleitet, daß er stets als ein Übel bezeichnet werden kann. Darum unsere Bestrebungen, auch den gerechten Krieg unmöglich zu machen.“ Es gibt unter den katholischen Pazifisten solche, die noch weiter gehen; sie halten unter den heutigen Verhältnissen jeden Krieg für ungerecht und unerlaubt, so daß man aus Gewissensgründen Kriegsdienst verweigern müsse.

Gegen Ende November hielt die internationale katholische Studienvereinigung, vertreten durch ihre zwei englischen und irischen Gruppen, in London unter dem Vorsitz des Kardinals B o u r n e, Erzbischofs von Westminster, eine Versammlung ab. Lord Howard, der früher wichtige Diplomatenposten innehatte, verlas eine sich auf die Anschauungen der letzten vier Päpste stützende Erklärung zugunsten des Friedens. Der Hauptgedanke war, daß die Errichtung ständiger Gerichtshöfe zur Lösung der internationalen Konflikte das frühere Recht der Mächte, zu den Waffen zu greifen oder den Krieg vorzubereiten, geändert habe. — Der Kardinal hatte Worte der Anerkennung für die Darlegung Howards und pries die Anstrengungen der Kirche im Interesse des Friedens. Doch fügte er bei: „Kann man bestätigen, daß der Völkerbund allen Nationen volles Vertrauen einflößt und daß er in der Lage ist, die internationalen Konflikte zu lösen und jeder bedrohten Nation Sicherheit zu garantieren? Ich glaube nicht, daß jemand diese Frage zu bejahen vermag und in Anbetracht

dessen ist das meiner Ansicht nach in Großbritannien und anderwärts oft ungerecht kritisierte Verhalten Frankreichs besser zu verstehen. In weniger als 50 Jahren ist man zweimal ins französische Gebiet eingedrungen; aus natürlichem Instinkt befürchten die Franzosen einen neuen Angriff und, bis ihre Sicherheit garantiert sein wird, können sie nicht umhin, sich durch die eigenen Militärkräfte zu schützen. Sofort nach dem Kriege suchte Frankreich die Sicherheit in anderen Richtungen. England war bereit, eine Garantie zu übernehmen, wenn es nur die Mitwirkung der Vereinigten Staaten gehabt hätte, die aber schließlich verweigert wurde. Kann jemand behaupten, heute sei der Völkerbund in der Lage, einem abgerüsteten Frankreich Sicherheit gegen irgendwelche Nation zu gewährleisten?“ Weiter fragte der Kardinal, ob man gerechterweise den Polen Unrecht geben könne, daß sie sich in Waffen halten. Schließlich betonte er, daß Großbritannien in weitem Maße gerüstet bleiben müsse angesichts von Eventualitäten wie den Vorgängen in Cypren und im Norden Indiens.

Weit scheint noch der Weg bis zur Ersetzung der materiellen Gewaltmittel durch die von Benedikt XV. gepriesene Macht des Rechts, bis zu Zuständen, in denen die Lebensrechte jedes Volkes gewahrt sind. Hüben und drüben bemühen sich edle Geister um baldige Eröffnung einer Ära aufrichtiger Zusammenarbeit der beiden größten Völker des europäischen Festlandes. Unnötige nationale Kundgebungen können da nur störend wirken.

Am 24. Dezember, beim Empfang der Kurienkardinäle zur traditionellen Weihnachtsgratulation, erklärte Pius XI. in seiner Ansprache, er beabsichtige nicht, vom Frieden zu reden. Denn Äußerungen hierüber würden gewöhnlich unrichtig gedeutet. Wenn er vom Frieden spreche, hören die Menschen nicht zu, die für Gottes Hand und allmächtige Gerechtigkeit keinen Sinn haben. Aus tiefster Seele wende er sich an Gott, den Lenker der Weltgeschicke, um ihm die Sache des Friedens zu empfehlen.

Literatur.

A) Eingesandte Werke und Schriften.

An dieser Stelle werden sämtliche an die Redaktion zur Anzeige und Besprechung eingelangten Schriftwerke verzeichnet. Diese Anzeige bedeutet noch keine Stellungnahme der Redaktion zum Inhalte solcher Schriftwerke. Soweit es der verfügbare Raum und der Zweck der Zeitschrift gestatten, wird die Redaktion nach freiem Ermessen Besprechungen einzelner Werke veranlassen. Eine Rücksendung der zur Besprechung eingesandten Werke erfolgt in keinem Falle.

Aus Frauenklöstern unserer Tage. Besinnliches — Erbauliches — Erheiterndes. Mitgeteilt von einer Klosterfrau. Gr. 8^o (196). Verlag Butzon u. Bercker, G. m. b. H., Kevelaer (Rhld.). In Leinen M. 3.—.